

Heiko Hendriks MdL als Landesvorsitzender wiedergewählt Landestagung der OMV der CDU NRW: Mit neuem Vorstand gut für die Zukunft gerüstet



VdG-Vorsitzender Bernard Gaida mit Heiko Hendriks MdL

Ratings. „Wir haben uns nach außen moderner aufgestellt, wir haben die richtigen inhaltlichen Schwerpunkte gesetzt und auch Mitglieder dazu gewonnen“, so bilanzierte OMV-Landesvorsitzender Heiko Hendriks, im Beisein des Beauftragten der CDU-Landtagsfraktion für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten Werner Jostmeier MdL, die letzte Wahlperiode des Landesvorstandes. Insbesondere sei erfreulich, dass neue Kreisverbände gegründet werden konnten, betonte der Mülheimer. Dies kam an. Die Landesdelegiertenversammlung, die im Haus Oberschlesien in Ratingen stattfand, wählte Hendriks mit knapp 94% der Stimmen erneut zum Landesvorsitzenden. Beim letzten Mal waren es 90% gewesen. Ein Zuwachs an Zustimmung

also, für den sich Heiko Hendriks ausdrücklich bedankte. In einer Diskussion zwischen den Wahlgängen hat die OMV NRW eine Bilanz für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten

Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in Nordrhein-Westfalen



„Wir haben uns modern aufgestellt“

nach 25 Jahren deutscher Einheit gezogen. Mit dem Chef des Verbandes deutscher Gesellschaften in Polen, Bernard Gaida, wurde insbesondere die Situation der deutschen Minderheit in Polen beleuchtet.

Gaida betonte, dass die Entwicklung nach der Wende in Polen für die Deutschen durchaus positiv gewesen sei. Doch mittlerweile könne man durchaus wieder von Stillstand sprechen. So entspreche das Bildungswesen für die Deutschen in Polen immer noch nicht den Standards des Europarates. Auch beim Wahlrecht für Auslandsdeutsche fühle man sich deutlich benachteiligt: „Wir müssen explizit begründen, warum wir als Deutsche an den Bundestagswahlen teilnehmen wollen“, sagte Gaida fragend. Man fühle sich als Deutsche zweiter Klasse.

Inhaltlich beschäftigten sich die Delegierten mit drei Anträgen. Im ersten Antrag ging es eben um eine Vereinfachung des Wahlrechts für Auslandsdeutsche. Dieser wurde an die Bundesdelegiertenversammlung gerichtet. Der zweite Antrag beschäftigte sich mit der Würdigung des Versöhnungswerks der Vertriebenen im Rahmen des 25jährigen Jubiläums des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages im kommenden Jahr. Schließlich beauftragten die Delegierten den Landesvorstand in einem Antrag, sich dafür einzusetzen, dass am



Ein Blick ins Plenum der Tagung



Neuer geschäftsführender Vorstand



Werner Jostmeier MdL

Neuer Landesvorstand

Vorsitzender

Heiko Hendriks MdL

Stellvertreter

Rüdiger Goldmann
Maria-T. van Schewick
Antonius v. Schierstaedt
Prof. Jürgen Vollradt
Heinrich Zertik MdB

Schatzmeister

Rüdiger Scholz

Schriftführer

Sebastian Wladarz

Beisitzer gf. Vorstand

Alfred Kottisch
Stephan Krüger
Dr. Rudolf Landrock
Stephan Rauhut

Beisitzer

Olga August
Hans Eifler
Lydia Grüner
Elena Kern
Irene Klein
Rainer Klöpffer
Hans Knaup
Katharina Lackmann
Gisela Langer-Schoppe
Stephan Laubach
Simon Nowack
Helmut Nowak MdB
Alexej Odesski
Alfons Ryborz
Anika Schiemann
Elimar Schubbe
Michele Schulte
Damian Spielvogel
Karin Wilke
Norbert Wormuth

IMPRESSUM

Herausgeber:

OMV der CDU NRW
Verantwortlich i.S.d.P.:
Sebastian Wladarz
Wasserstraße 6
40213 Düsseldorf
Telefon: (0211) 1360092
Mail: sebastian.wladarz@cdu-nrw.de

Mehr über uns und unsere Politik erfahren Sie auf unserer Homepage:
www.OMV-NRW.de

Leitartikel des Landesvorsitzenden Heiko Hendriks MdL zur aktuellen Flüchtlingspolitik Aus der Geschichte lernen - Europäisches Asylrecht schaffen

Viele Deutsche, insbesondere die Heimatvertriebenen aus dem historischen deutschen Osten und den deutschen Siedlungsgebieten, wissen nur zu gut, was es heißt, aus seiner Heimat fliehen zu müssen oder vertrieben zu werden. Ihre Situation ist allerdings nur bedingt vergleichbar mit der Situation derer, die heute zu uns kommen. Nach dem II. Weltkrieg sind Deutsche in ein zerstörtes deutsches Land gekommen - Menschen aus demselben Kultur- und Glaubenskreis und mit derselben Sprache. Sie begriffen sich als Angehörige einer Schicksalsgemeinschaft, denn sie waren wegen ihres Deutschseins drangsaliert, beraubt und vertrieben worden. Ihre beruflichen Qualifikationen waren nahezu identisch mit den Ortsansässigen. Im Gegensatz zu heute sind sie allerdings von ihren Landsleuten oftmals nicht herzlich willkommen geheißen worden.



Foto: Volker Zierhut

Heute haben wir eine andere Situation. In einer Art **Völkerwanderung** kommen neben Kriegsflüchtlingsen auch Menschen zu uns, die nicht verfolgt werden, sondern aus wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit zu uns kommen. Sie fehlen beim wirtschaftlichen Aufbau in ihren Heimatländern und verschlimmern durch ihren Weggang die dortigen schwierigen Verhältnisse. Es ist deshalb auch ein Gebot der Fairness gegenüber diesen Staaten, diese Menschen wieder zurückzuschicken. Viele Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten von heute kommen aus anderen Kulturkreisen und oftmals ist ihr Lebensgefühl unserem nicht nur fremd, sondern manchmal auch konträr. Dennoch gilt ihr Anspruch auf Asyl. Aber Deutschland kann diese Aufgabe nicht alleine bewältigen. **Deutschland hat durch eine beispielhafte patriotische Willkommenskultur gezeigt, dass es bereit ist, Menschen in Not Schutz zu gewähren.** Deutschland muss auch weiterhin ein guter Gastgeber für alle sein, die aus ihren Heimatländern fliehen, weil ihr Leben bedroht ist

oder sie z.B. wegen ihrer Rasse, ihrer Religion oder ihres Geschlechtes massiv diskriminiert oder drangsaliert werden. Sie - und nur sie - haben in Deutschland nach Art. 16 des Grundgesetzes Anspruch auf Asyl. **Es ist höchste Zeit für ein einheitliches EU-Asylrecht.** Dass die Staaten der EU unterschiedliche Länder als "sicher" ansehen und dass es noch immer keinen gemeinsamen Plan gibt, die EU-Außengrenzen wirksam zu schützen, um unkontrollierte und ungeordnete Zuwanderung zu verhindern, ist - auch auf Sicht - völlig inakzeptabel. Gar skandalös ist es, dass EU-Staaten die von ihnen selbst beschlossenen Dubliner Verträge missachten und ankommende Flüchtlinge nicht nur nicht registrieren, sondern sie unmittelbar nach Deutschland weiterleiten. **Egoismen haben über die Solidarität gesiegt.** Die Erkenntnis der Bundesregierung von Mitte November, nicht zu wissen, wie viele Menschen sich derzeit in Deutschland aufhalten, macht die Dimension der Fehlentwicklung deutlich.

Dass wir angesichts der hohen Flüchtlingszahl und der damit einhergehenden, punktuellen und bereits jetzt sichtbaren Überforderungen einiger Kommunen bei der Unterbringung darüber nachdenken müssen, den von der christlichen Nächstenliebe gebotenen Familiennachzug zu begrenzen oder gar auszusetzen, ist ein Alarmsignal: **Eine Politik der offenen Herzen kann an einer Politik der offenen europäischen Außengrenzen scheitern! Trotzdem ist nicht Resignation das Gebot der Stunde, sondern realistische Zuversicht. Gute Politik beginnt mit einem Blick auf die Realität.** Und diese zeigt, dass Fehler korrigiert werden müssen. Die CDU-geführte Bundesregierung hat mit den inzwischen beschlossenen Maßnahmen bewiesen, dass sie die Herausforderung annimmt und sich mit aller Kraft für ein einheitliches EU-Asylrecht einsetzt. Eine spürbare Reduzierung der Flüchtlinge ist das Gebot der Stunde. Eine weitere zentrale Zukunftsaufgabe wird es sein, die eigentlichen Ursachen für die Flucht in den Herkunftsländern zu beseitigen. Für uns alle gilt, mitzuhelfen, dass denjenigen, die länger bei uns bleiben, die notwendigen **Hilfestellungen für eine gelungene Integration**, insbesondere der Erwerb der deutschen Sprache, zu Teil werden. Integration bedeutet aber auch, die **Regeln unseres Grundgesetzes uneingeschränkt zu achten** und unsere Lebensweise zu akzeptieren. Dies gilt für alle Ankommenden ohne Wenn und Aber. **Wir dürfen und werden keine Parallelgesellschaften akzeptieren.**

Die Neuen im OMV-Landesvorstand:



Irene Klein (56), Köln
Archivangestellte



Simon Nowack (31), Witten
Referent der Geschäftsführung



Stephan Rauhut (41), Bonn
Vermögensberater



Anika Schiemann (26), Münster
Studentin des Wirtschaftsrechts

Bundesförderung des Museums für Russlanddeutsche Kulturgeschichte
Hendriks und Zertik: „Eine Anerkennung für das Kulturerbe der Deutschen aus Russland“

Düsseldorf. Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV) der CDU Nordrhein-Westfalen begrüßt die Entscheidung des Deutschen Bundestages, das Museum für Russlanddeutsche Geschichte in Detmold in die institutionelle Förderung des Bundes aufzunehmen. OMV-Landeschef Heiko Hendriks MdL und sein Stellvertreter Heinrich Zertik MdB: „Mit diesem Beschluss trifft der Bundestag nicht lediglich eine fiskal- und kulturpolitische Entscheidung. Vielmehr zeigt er Anerkennung für das reiche Kulturerbe unserer Landsleute, die vor über 250 Jahren dem Ruf Katharinas der Großen gefolgt, später



Heinrich Zertik MdB mit dem Bundesbeauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Hartmut Koschyk MdB

aus ihren Siedlungsgebieten vertrieben, deportiert und nun auch als Spätaussiedler in die Heimat ihrer Vorfahren zurückgekehrt sind.“ Das Kulturerbe und die Leistung dieser Menschen anzuerkennen und auch würdig in einer musealen Form darzustellen sei schon immer ein Anliegen der OMV gewesen, erklärte Hendriks.

Dieses Anliegen habe sich – auch Dank eines engagierten Einsatzes des ersten russlanddeutschen Bundestagsabgeordneten – die CDU durch einen Bundestagsbeschluss zu Eigen gemacht. Mit dem jetzigen Beschluss soll, über fünf Jahre verteilt, insgesamt eine Million Euro investiert werden.

Anerkennung von ausländischen Abschlüssen: „Meilenweit vom Ziel entfernt“



Heiko Hendriks im Landtag

Düsseldorf. „Der Anspruch auf Anerkennung innerhalb einer dreimonatigen Frist besteht in NRW lediglich in der Theorie.“ Dies erklärt der Landesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung (OMV) der CDU NRW Heiko Hendriks MdL als Reaktion auf den jüngsten Bericht der Landesregierung zum Bearbeitungsstau bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen.

Die gesetzlich vorgeschriebene Bearbeitungszeit werde nicht annähernd eingehalten. Rund ein Drittel der Anträge sei 2014 überhaupt nicht beschieden worden. „Das ist für diese Landesregierung eine Bankrotterklärung. Man kann nicht immer nur von Fachkräftemangel reden oder davon, wie wichtig berufliche Qualifikation für die Integration sei. Man muss auch dafür sorgen, dass die Menschen, die arbeiten wollen und dieses, im Übrigen recht teure, Anerkennungsverfahren auf sich nehmen, schnellstens ihren Status erfahren und ggf. ihre Qualifikation durch Ausgleichsmaßnahmen verbessern können“, erklärt der Mülheimer Landtagsabgeordnete.

NRW gut im neuen OMV-Bundesvorstand vertreten

Berlin. Mit guten Ergebnissen wurden auf der Bundesdelegiertentagung Rüdiger Goldmann (2) zum stellv. OMV-Bundesvorsitzenden sowie Stephan Krüger (3) und Werner Jostmeier MdL (4) zu Beisitzern im Bundesvorstand gewählt. Zum Bundesvorsitzenden wurde Helmut Sauer (1) aus Niedersachsen wiedergewählt. Mehr erfahren Sie in der nächsten Ausgabe.



Die OMV der CDU NRW vor Ort...



...beim Tag der Heimat der CDU-Landtagsfraktion, Haus Oberschlesien (Hösel)



...beim Volkstrauertag des Heimatvereins /Bundes der Vertriebenen, Horn-Bad Meinberg



...beim 1. Tag der Vereinigungen der CDU Nordrhein-Westfalen, HWK Düsseldorf



...bei den Feierlichkeiten zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen, Münster

Einrichtung einer Vertreibungserinnerungsstätte in Unna-Massen
Vollradt: „Projekt ist langsam auf einem guten Weg“

Düsseldorf. Die Einrichtung einer Vertreibungserinnerungsstätte in Unna-Massen ist eine langjährige Forderung der OMV NRW. Insbesondere der stellvertretende Landesvorsitzende und Chef des Fördervereins zur Errichtung einer Vertreibungserinnerungsstätte in Unna-Massen e.V., Prof. Jürgen Vollradt, verwendet einen Großteil seiner Zeit dafür, für das Projekt auf allen Ebenen ein positives Klima zu schaffen. Hierzu könnte nun ein Durchbruch gelungen sein. Da es auf Antrag der CDU-Landtagsfraktion zu dem Thema im September 2015 eine Anhörung gab, in der durch alle Reihen hinweg alle benannten Sachverständigen die Meinung teil-



ten, dass eine solche Einrichtung gerade auf dem Gelände des ehemaligen Durchgangslagers absolut Sinn macht, sind frühere Vorbehalte einzelner Par-

teien entfallen. Auf Basis der Anhörung soll nun ein Konzept entwickelt werden, das den Anforderungen gerecht wird. Für die OMV der CDU NRW ist klar: „Vielen Menschen in NRW ist Unna-Massen ein Begriff. Vielen auch aufgrund eines persönlichen Schicksals. Deshalb ist es konsequent, eine solche Einrichtung am Ort des Geschehens zu schaffen“, so Professor Vollradt.



Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter kommt!

Düsseldorf. „Wir begrüßen, dass sich der Deutsche Bundestag durchringen konnte, auch die deutschen Opfer von Zwangsarbeit gegen Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg zu entschädigen“, sagte OMV NRW-Landeschef Heiko Hendriks MdL zum Beschluss, 50 Mio. EUR für eine symbolische Entschädigung bereitzustellen. Auch wenn zum Zeitpunkt dieser Entscheidung bereits viele Betroffene und somit potentielle Anspruchsrechte verstorben seien, so sei die Symbolik, die von dem Beschluss des deutschen Parlaments ausgeht, nicht zu unterschätzen. Die deutschen Zwangsarbeiter, vor allem Frauen, Kinder und Alte, hatten in besonderer Weise für die Verbrechen der Nationalsozialisten zu büßen. Sie wurden verschleppt und unter unmenschlichen Bedingungen als menschliche Reparationsleistung missbraucht. „In diesem Zusammenhang geht unser Dank insbesondere an den Arbeitskreis deutsche Zwangsarbeiter (AKDZ) in dem sich landsmannschaftliche Verbände zusammenschlossen und seit dem Jahr 2000 mit der Erfassung potentieller Entschädigungsberechtigter begannen. Von diesem Gremium ging stets die unnachgiebige Forderung aus, das Schicksal unserer Landsleute nicht zu vergessen“, so Hendriks. Dank gelte aber auch den landsmannschaftlichen Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, „die das Thema, trotz Rückschläge, nie aufgegeben haben“.